



STELLUNGNAHME zum Antrag	Vorlage Nr.:	2020/0393
DIE LINKE-Gemeinderatsfraktion	Verantwortlich:	Dez. 2
Beitritt der Stadt Karlsruhe zur „Cities coalition for digital rights“		

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	30.06.2020	24	x	

Kurzfassung

Die Stadtverwaltung unterstützt und befürwortet die Motive der „Cities coalition for digital rights“, empfiehlt jedoch aufgrund der aktuell unklaren wirtschaftlichen Entwicklung, dem Bündnis nicht beizutreten.

Gemäß den Statuten des Bündnisses wird von allen Mitgliedern explizit die Erarbeitung von Richtlinien und Strategien, die Durchführung von Veranstaltungen sowie der aktive Austausch zwischen den Mitgliedern erwartet. Hierfür fehlt es derzeit der Stadt Karlsruhe an entsprechenden personellen Ressourcen. Entsprechenden Aufwand leisten sich derzeit fast ausschließlich große Metropolen (Wien, Amsterdam, Berlin, New York).

Im Austausch mit anderen Kommunen fokussiert die Stadt Karlsruhe aktuell eher auf regionale oder nationale Partnerschaften innerhalb des Städtetags oder der KGSt, da der direkte Austausch mit Kommunen ähnlicher Größenklasse häufig zielführender ist. Darüber hinaus bestehen sehr gute Kontakte zur Stadt Wien oder Schweizer Kommunen wie St. Gallen.

Das Amt für Informationstechnik und Digitalisierung arbeitet an der Erstellung einer Digitalen Agenda und zudem bewirbt sich die Stadt Karlsruhe parallel dazu um eine KfW-Förderung im Smart City-Kontext. Dabei wird sich die Stadt auch an den Themen der „Cities coalition for digital rights“ orientieren.

Gegebenenfalls sollte zu einem späteren Zeitpunkt geprüft werden, ob ein Beitritt sinnvoll und wirtschaftlich vertretbar ist.

Finanzielle Auswirkungen	Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeinsparungen)		
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>					
Haushaltsmittel sind dauerhaft im Budget vorhanden Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Die Finanzierung wird auf Dauer wie folgt sichergestellt und ist in den ergänzenden Erläuterungen auszuführen: <input type="checkbox"/> Durch Wegfall bestehender Aufgaben (Aufgabenkritik) <input type="checkbox"/> Umschichtungen innerhalb des Dezernates <input type="checkbox"/> Der Gemeinderat beschließt die Maßnahme im gesamtstädtischen Interesse und stimmt einer Etatisierung in den Folgejahren zu					
IQ-relevant		Nein	<input checked="" type="checkbox"/>	Ja	Korridor-thema: Moderne Verwaltung
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)		Nein		Ja	durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften		Nein		Ja	abgestimmt mit

Die „Cities coalition for digital rights“ wurden im November 2018 von den drei Metropolen New York, Barcelona und Amsterdam gegründet mit der im Antrag genannten Zielsetzung. Seither sind zahlreiche Millionenstädte beigetreten, wie London oder Los Angeles. Aus Deutschland haben die Städte Berlin und München die Deklaration mitgezeichnet.

Die Städte entwickeln zu diesen Themen Strategien, Richtlinien und stehen im regen Austausch, indem abwechselnd Veranstaltungen durchgeführt werden.

Karlsruhe unterstützt seit vielen Jahren die Motive der Coalition:

Bereits seit sehr vielen Jahren setzt sich die Stadt Karlsruhe für einen universellen und gleichen Zugang zum Internet ein. So besteht eine Selbstverpflichtung, die Seite karlsruhe.de barrierefrei zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus engagiert sich die Stadtverwaltung maßgeblich an der Bereitstellung eines kostenfreien WLAN-Angebotes mit über 100 Hotspots.

Privatheit, Datenschutz und Datensicherheit sind dabei wichtige Orientierungspunkte. Die Stadtverwaltung verfügt ebenfalls bereits langjährig über einen Informationssicherheitsbeauftragten sowie eine Stabsstelle für Datenschutz. KA-WLAN wird als sicheres, folgerichtig auch als KA-sWLAN angeboten.

Die Stadt Karlsruhe verfügt über ein Transparenzportal und unternimmt zahlreiche Aktivitäten, um das Thema „Open Data“ zu fokussieren. So besteht eine enge Zusammenarbeit mit dem OK Lab Karlsruhe, u. a. bei einer gemeinsamen Unterstützung im Kontext der City of Media Arts.

Partizipative Demokratie unterstützt die Stadt durch die Bereitstellung eines Online-Beteiligungsportales, bei welchem neue Formate der Partizipation erfolgreich erprobt werden.

Ein Beitritt zur „Cities coalition for digital rights“ wäre mit einem erheblichen personellen Aufwand verbunden. Da viele Aktivitäten im Sinne der Coalition bereits heute schon realisiert werden, wäre der mit dem Beitritt verbundene Mehrwert für die Stadt eher gering.

Im Austausch mit anderen Kommunen fokussiert die Stadt Karlsruhe aktuell eher auf regionale oder nationale Partnerschaften innerhalb des Städtetags oder der KGSt; da der direkte Austausch mit Kommunen ähnlicher Größenklasse häufig zielführender ist. Darüber hinaus bestehen sehr gute Kontakte zur Stadt Wien oder Schweizer Kommunen, wie St. Gallen.

Das Amt für Informationstechnik und Digitalisierung arbeitet an der Erstellung einer Digitalen Agenda und zudem bewirbt sich die Stadt Karlsruhe parallel dazu um eine KfW-Förderung im Smart City-Kontext. Dabei wird sich die Stadt auch an den Themen der „Cities coalition for digital rights“ orientieren.

Gegebenenfalls sollte zu einem späteren Zeitpunkt geprüft werden, ob ein Beitritt sinnvoll und wirtschaftlich vertretbar ist.